Menschen aus Waldsee starben in der Tötungsanstalt Grafeneck

Behinderte Menschen aus Waldsee wurden in der NS-Zeit ermordet – Bernd Zander hat akribisch recherchiert

Von Karin Kiesel

BAD WALDSEE - Es ist ein grausames Stück der Stadtgeschichte, das der Waldseer Bernd Zander mit viel Akribie recherchiert hat und das in der öffentlichen Wahrnehmung in der Stadt bisher kaum eine Rolle gespielt hat: Die Zwangssterilisation und spätere Ermordung von Menschen aus Waldsee, denen eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung zugeschrieben wurde. Nun will Zander anlässlich des heutigen nationalen Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus darauf aufmerksam machen. Und: Der Kulturbeirat der Stadt wird sich in einer Sitzung am 2. März den Rechercheergebnissen von Zander widmen.

Die sogenannte Rassenhygiene des NS-Regimes hat auch vor Oberschwaben keinen Halt gemacht – die Mahnmale der grauen Busse wie etwa vor dem Zentrum für Psychiatrie in Weißenau erinnern bis heute an die Gräueltaten der Nationalsozialisten. Denn wer mit den grauen Bussen abgeholt wurde, dem stand eine Fahrt in den Tod bevor. In die Tötungsanstalt nach Grafeneck.

Der Reihe nach: Bereits im Juli 1933 erließ die Hitler-Regierung das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das ab 1. Januar 1934 in Kraft trat und in Deutschland erstmals die Zwangssterilisation erlaubte. Menschen, die nicht den nationalsozialistischen Rasse-Idealen entsprachen, sollten keine Kinder zeugen können. Fast 400.000 Menschen mit psychischen Krankheiten oder mit körperlichen und geistigen Behinderungen wurden zwangssterilisiert. Betroffen waren auch Menschen, die als „asozial“ oder „minderwertig“ stigmatisiert wurden, etwa Alkoholiker.

„Sterilisation, mit oder ohne Zustimmung der Betroffenen oder Erziehungsberechtigten, war für die Nazis eine Möglichkeit, missliebige Personen mit angeblich geschädigtem Erbgut an der Fortpflanzung zu hindern“, wie Zander im SZ-Gespräch erläutert. Zur Erhaltung der „arischen Rasse“ und der „Volksgemeinschaft“ sei jedes Mittel recht gewesen. „Extra eingerichtete sogenannte Erbgesundheitsgerichte trafen die Entscheidung.“

Forderungen, diese Menschen auch zu töten, gab es schon vor der NS-Herrschaft in der Weimarer Republik unter dem Begriff der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Der Jurist Karl Binding und der Psychiater Alfred Hoch beschäftigten sich 1920 in einer Schrift damit, was zur Grundlage für die NS-„Euthanasie“ wurde. Besonders grausam: Der aus dem Altgriechischen stammende Begriff bedeutet eigentlich „schöner Tod“ oder „gutes Sterben“ – und so wurde die „Euthanasie“ von den Nationalsozialisten als Umschreibung für die systematische Ermordung verwendet. Zuerst bei Kindern mit „schweren, angeborenen Leiden“ angewendet (zumeist durch Injektion oder Verhungern lassen), dann auf Erwachsene ausgeweitet, wurden bis Kriegsende Tausende Menschen vom NS-Regime ermordet. Ein bekannter Begriff ist die „Aktion T4“ – eine nach 1945 gebräuchlich gewordene Bezeichnung für den systematischen Massenmord an mehr als 70.000 Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen allein zwischen 1940 bis 1941 unter Leitung der Berliner Zentraldienststelle T4. Diese Ermordungen waren Teil der Krankenmorde in der gesamten Zeit des Nationalsozialismus, denen bis Kriegsende rund 300.000 Menschen zum Opfer fielen.

Diese heimlich gemachte Aufnahme aus dem Jahr 1940 zeigt die grauen Busse, in denen Menschen in die Tötungsanstalt nach Grafeneck im Landkreis Reutlingen gebracht wurden. FOTO: LANDRATSAMT BIBERACH

Im Rahmen einer Recherche zu einem anderen Thema stieß Zander im Stadtarchiv auf sechs Frauen und einen jungen Mann aus Waldsee, die ebenfalls während der NS-Herrschaft betroffen waren. So fand er im Protokoll einer Gemeinderatssitzung vom 3. Dezember 1936 diese Information: Der Müller Peter Städele und die Haushälterin Emilie Jutz wurden „anfangs 1936 wegen Geistesgestörtheit in die Heilanstalt Schussenried überführt“. Das habe Bürgermeister Hegele veranlasst, was dieser in der Sitzung bekannt gab, „die Ratsherren nehmen davon Kenntnis“, heißt es im Protokoll weiter, die Kostenfrage sei geklärt.

„Ich fragte mich: Wie kann das sein? Ein Gemeinderat weist Menschen in eine Heilanstalt ein? Ich begann nach Antworten zu suchen“, erläutert Zander, der bereits einen Vortrag bei einer historischen Fachtagung an der Pädagogischen Hochschule Weingarten über seine Rechercheergebnisse gehalten hat. Der Titel seiner Präsentation lautete: „Erfahrungen mit der Erinnerungskultur bei der Aufarbeitung der NS-Euthanasie in einer oberschwäbischen Kurstadt.“

So steht’s um die Aufarbeitung

Was die **Sterilisation** durch das NS-Regime betrifft, beginnt gesamtstaatlich die Aufarbeitung erst in den 1980er-Jahren. „Trotz der Nürnberger Ärzteprozesse und Auschwitzprozesse gab es erste öffentliche Entschuldigungen erst 2010, nach 70 Jahren Schweigen“, erläutert Bernd Zander. Das Nazigesetz von 1934 zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sei erst 2007 geächtet worden. „Erst im Januar 2017 hat der Deutsche Bundestag erstmals der Euthanasie-Opfer gedacht. Bis heute gibt es für viele der etwa 400.000 zwangssterilisierten Opfer keine Entschädigung und keine Anerkennung als NS-Verfolgte.“ Das Bundesentschädigungsgesetz von 1956 schließe mit einem eng geführten Verfolgungsbegriff zudem viele Opfer aus. „Es herrscht aktive Ignoranz. Erst die ‚Hartheim-Deklaration’ vom Juni 2019 forderte eine Aufarbeitung und das Gedenken an die Euthanasie“, bemängelt Zander. Und weiter: „Aufarbeitung gehört zur Selbstaufklärung einer demokratischen Gesellschaft.“ (kik)

Im Totenbuch in der damaligen Tötungsanstalt Grafeneck habe er weitere Namen von Waldseer Frauenschicksalen entdeckt, die zwangssterilisiert sowie später ermordet wurden. „Sie sind zumeist zunächst in Liebenau gewesen und später in Grafeneck umgebracht worden.“ Weiter recherchiert hat er unter anderem im Bundes-, Staats- und Landesarchiv. Dort hat er intensiv Patienten- und Gesundheitsakten studiert.

Zwei Beispiele von Waldseer Biografien, nämlich der Haushälterin Emilie Jutz und des Müllers Peter Städele, veranschaulichen laut Zander die damalige Situation. Städele, der bis Anfang März 1936 im Mühlenbetrieb („Stampfenmühle“, Müller Kehrle) bei seiner Tante als Müllergehilfe gearbeitet hatte, wurde mit 24 Jahren gegen den Willen seines Vaters vom Krankenhaus Waldsee in die Heilanstalt Schussenried gebracht.

Wegen einer „Schizophrenie“ wurde er zwangssterilisiert. „Ungenaue, erfundene und willkürlich gewählte Diagnosen wie Schizophrenie, angeborener Schwachsinn, Epilepsie, senile Erkrankungen oder asoziales Verhalten machten den Weg frei zur Vernichtung“, führt Zander schonungslos aus. Laut Archivakten ordnete das Amtsgericht Ravensburg als „Erbgesundheitsgericht für den Bezirk des Landgerichts Ravensburg“ im Oktober 1937 die Unfruchtbarkeitsmachung bei Peter Städele an. Er sei laut Archivakten „nach Hause (über Kreiskrankenhaus Leutkirch) entlassen worden. Er ist in Leutkirch unfruchtbar gemacht worden.“ Über seinen weiteren Lebensweg konnte Zander nichts mehr herausfinden.

Die Haushälterin Emilie Jutz wurde laut Zanders Recherchen in Michelwinnaden geboren, später lebte sie in der Stadt Waldsee bei ihrem Vater. Die Gesundheitsämter Ravensburg und Biberach hatten laut „Erbgesundheits- und Sippenakte“ des Staatsarchivs im Dezember 1936 eng zusammengearbeitet, wie Zander herausfand. Emilie Jutz sollte unfruchtbar gemacht werden.

Allerdings wurde das abgelehnt, denn Jutz sei 46 Jahre alt und es bestehe keine „Fortpflanzungsgefahr“ mehr. Eine „Weitergabe schädlichen Erbguts“ sei also nicht zu erwarten. So wurde sie wegen einer psychiatrischen Diagnose in die „Heilanstalt Schussenried“ eingewiesen. Laut einer Meldung an das Gesundheitsamt Ravensburg sei Jutz dort im November 1941 im Alter von 51 Jahren an einer „Lungentuberkulose“ gestorben.

„Um die Hinterbliebenen bewusst zu täuschen, wurden die Ermordungen als ‚normale’ Todesfälle verbogen und der Eindruck erweckt, die Kranke sei trotz aller Bemühungen unerwartet verstorben“, beschreibt Zander das damals übliche Verschleiern des NS-Regimes. Diese zwei Beispiele zeigen laut Zander die „Mechanismen und die Perfidie, mit der gearbeitet wurde“.

Und das Schicksal der anderen fünf Frauen aus Waldsee? Außer Emilie Jutz wurden alle unter Zwang unfruchtbar gemacht und später nachweislich in Grafeneck ermordet.

Zanders Ziel sei nun, „die Opfer zu würdigen, ihnen Namen und ein Gesicht zu geben“. Es sei ein „schwieriges Kapitel“ der Waldseer Stadtgeschichte. Im Brief an den Kulturbeirat der Stadt, der der SZ vorliegt, führt Zander weiter aus: „Ein Kapitel, das mitten unter uns stattgefunden hat. Ein Kapitel, das dem Vergessen anheimgefallen ist. Es ist abgelegt im inneren Garten des Vergessens, weil es schmerzlich und unsäglich ist, sich daran zu erinnern. Oder es lagert in diversen Archiven.“ In Bad Waldsee eine Kultur des Erinnerns zu entwickeln, die helfe zu überwinden – dazu wolle er einen Beitrag leisten.

Sein Wunsch sei, dass dieser Teil der Stadtgeschichte auf irgendeine Weise öffentlich zugänglich gemacht wird – sei es mit Straßenschildern, Gedenktafeln, Stolpersteinen, einer Broschüre oder einer Publikation auf der städtischen Homepage. Es seien viele Möglichkeiten denkbar. Neben dem Kulturbeirat habe auch OB Matthias Henne ihm gegenüber sein Interesse an der Aufarbeitung bekundet.

Seit 1996 ist der 27. Januar der **„Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“** und damit ein nationaler Gedenktag. Die Zentren für Psychiatrie und andere psychiatrische Krankenhäuser im Land erinnern mit Gedenkveranstaltungen an die 300.000 Opfer der „Euthanasie“, die während der nationalsozialistischen Herrschaft ermordet wurden.

Solarparks nahe von Bahnlinien sind keine Seltenheit mehr. FOTO: WOLFGANG HEYER

Solarpark in Mittelurbach nimmt nächste Hürde

Damit das Vorhaben in die Tat umgesetzt werden kann, braucht es bürokratische Beschlüsse

BAD WALDSEE (hey) - In Mittelurbach soll der „Solarpark Sankt Johannes“ gebaut werden. Damit dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt werden kann, müssen zunächst bürokratische Hürden überwunden werden. Eine dieser Hürden hat der Waldseer Gemeinderat in seiner Sitzung am Montag aus dem Weg geräumt.

Bekanntlich soll die Photovoltaik-Freiflächenanlage nordöstlich von Oberurbach nahe der Bahnlinie Bad Waldsee – Kißlegg entstehen. Sie soll auf einer Fläche von circa 2,81 Hektar mit einer Leistung von bis zu 3000 Kilowatt-Peak (kWp) und einem Batteriespeicher errichtet werden. Für die tatsächliche Realisierung muss die Fläche im Flächennutzungsplan geändert werden und zwar von einer Landwirtschaftsfläche hin zu einer sogenannten Sonderbaufläche Photovoltaik-Freiflächenanlage.

Um den Weg für den Solarpark weiter frei zu machen, hat der Waldseer Gemeinderat der entsprechenden Änderung des Flächennutzungsplans einstimmig – bei einer Enthaltung von Stefan Senko – zugestimmt. Den Beschluss dazu fasst dann der gemeinsame Ausschuss der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Bad Waldsee-Bergatreute in seiner Sitzung am 6. März. Die planerischen Leistungen für die Änderung des Flächennutzungsplans erbringt das Büro Sieber aus Lindau.

Die Stadt Bad Waldsee steht dem Projekt offen gegenüber, auch weil sich die Große Kreisstadt einem ehrgeizigen Ziel verschrieben hat. Gemäß dem Energie- und Klimapolitischen Leitbild soll die Stadt bis 2045 klimaneutral sein. Der „Solarpark Sankt Johannes“ kann mit der regenerativen Erzeugung von Strom seinen Teil dazu beitragen.

Reservierungen: Wirte sind von Unzuverlässigkeit genervt

Gäste kommen häufig nicht – Das betrifft den Umsatz und Gastronomen bleiben auf Lebensmitteln sitzen

Von Emanuel Hege und Karin Kiesel

KREIS RAVENSBURG - Sogenannte „No-Shows“, also Reservierungen, die nur teilweise oder gar nicht eingehalten werden, sind eine immer größere Belastung, das berichten mehrere Gastronomen in der Region. Oliver Spähn vom Gasthaus zum Rad in Aulendorf erklärt das Problem am Beispiel Silvester: Sowohl eine zehnköpfige Gruppe als auch ein Dreiergespann seien nicht erschienen, obwohl beide Tische fest reserviert waren für diesen Abend. Das Problem: Speisen waren vorbereitet, Personal war bereitgestellt. Neben dem Ärger darüber, dass nicht wenigstens telefonisch vorher abgesagt wurde, ist es auch ein wirtschaftlicher Verlust für den Gastronomiebetrieb.

„An diesem Abend machte das 15 Prozent der Gäste aus. Das ist schon ein Wort“, so Spähn. Daher sei es doch zumindest schön und anständig, wenn vorher Bescheid gegeben würde, sagt Spähn. Dafür wolle er die Menschen sensibilisieren. „Es macht schon viel aus, wenn man anruft und die Information weitergibt, dass zwei oder mehr Menschen weniger kommen. Teilweise sind es ja sogar auch sieben oder zehn.“

Markus Stoffel von Stoffels Stadtbräu in Wangen kennt das Phänomen ebenfalls, bei ihm sei es im Januar sogar um eine noch größere Gruppe gegangen. Ein Unternehmen habe eine Reservierung für 30 Personen bei ihm gemacht. Bei größeren Gruppen schreibe er mittlerweile immer direkt eine Mail, dass er zwei Tage vorher wissen müsse, wie viele Personen tatsächlich kommen, erklärt Stoffel. „Bei dieser Gruppe habe ich zwei Stunden vorher eine Antwort erhalten, dass nur 17 anstatt 30 Leute kommen.“

Die Unzuverlässigkeit kostet die Wirte bares Geld und führt dazu, dass Lebensmittel weggeworfen werden. Es fehle der Respekt für die Branche, schlussfolgert nicht nur Oliver Spähn aus Aulendorf, sondern auch Max Haller von der Waldburg. Es gibt aber auch einen anderen Blick auf die Dinge.

Das Phänomen der „No-Shows“ ist schon seit zehn Jahren ein Thema der Branche, sagt Haller, Betreiber der Waldburg und Vorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbandes im Kreis Ravensburg (Dehoga). „Lange Zeit war das alles nicht der Rede wert. Jetzt werden die Absagen aber immer kurzfristiger und immer häufiger kommen weniger Leute als angesagt“, sagt Haller und schätzt: Bis zu 80 Prozent aller Reservierungen würden in geringerer Personenzahl oder gar nicht wahrgenommen werden. Besonders rund um Weihnachten habe sich diese neue Stufe der Unzuverlässigkeit auf der Waldburg gezeigt.

Das hat Folgen für Event-Gastronomie wie die auf der Waldburg. „Unsere Ritteressen-Menüs bereiten wir für diese großen Gruppen komplett vor. Wenn dann plötzlich 30 anstatt 50 Leute auftauchen, habe ich Produkte verschwendet und zu viel Servicepersonal für den Abend eingestellt.“

Stoffel, Spähn und Haller haben Verständnis für nachvollziehbare Absagen, auch wenn diese kurzfristig sind. „Derzeit sind einfach viele Menschen krank, das ist verständlich“, so Spähn. Sie stören die achtlosen „No-Show“-Gäste, die keinen Respekt gegenüber der Branche zeigen. „Viele denken sich: Das macht doch nichts, wenn ich nicht absage oder mit weniger Leuten komme“, sagt Haller. „Aber für uns macht es gewaltig etwas aus.“

Er sei von der Region bisher positiv überrascht, sagt hingegen Sternekoch Marco Akuzun. In eineinhalb Jahren seiner Syrlin Speisewelt in Weingarten habe er erst einen „No-Show“ erlebt. „Die Leute hier haben den Anstand, anzurufen und Bescheid zu geben.“ In Stuttgart seien „No-Shows“ ein viel größeres Problem als im Kreis Ravensburg, spricht Akuzun aus Erfahrung. In der Landeshauptstadt leitete er mehrere Jahre das „Top-Air“-Restaurant. Damals eine der Topadressen in Stuttgart. „Da kam es mehrmals die Woche vor, dass Reservierungen nicht eingehalten wurden – vor allem von Unternehmen“, sagt Akuzun. Für eine aufwendige Sterneküche eine Katastrophe. Er begann damals eine Gebühr einzuführen – 120 Euro pro Person, die ohne Vorabinfo nicht auftaucht. Das sei jedoch eher als Abschreckung gedacht gewesen, so Akuzun. Er habe die Strafgebühr nur selten angewandt.

Gastronomen ärgern sich häufiger über Reservierungen, die nicht eingehalten werden. Sie hoffen auf mehr Verständnis, sonst müssten irgendwann Gebühren eingeführt werden. FOTO: JENS BÜTTNER

Auch Haller hat laut eigener Aussage schon den Preis für die ausgemachten 20 Personen verlangt, auch wenn nur 15 gegessen haben. Viele Gastronomen seien damit aber vorsichtig, weil man sich so Ärger einhandele und womöglich Kunden verliere, sagt Haller. Einige Event-Gastronomen würden außerdem mit der Überlegung spielen, Veranstaltungsessen wie Konzertkarten anzubieten. Gäste würden dann beispielsweise in einem Online-Shop Tickets für das Ritteressen auf der Waldburg im Voraus kaufen. In Großstädten ist das laut Haller Normalität. Das sichere den Umsatz und Gäste würden seltener spontan absagen.